

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammanu.

Berlin, Freitag, den 28. Juli 1893.

## † Der Zollkrieg.

Die deutsche Regierung hatte, wie man weiß, den aufrichtigen Wunsch, zu einem befriedigenden wirthschaftlichen Verhältniß zu Rußland zu kommen. Sie hatte mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, der Schweiz Handelsverträge abgeschlossen, die keinerlei Spitze gegen irgendwelchen anderen Staat hatten und deren Vergünstigungen jedem gegen gleichwerthige Zugeständnisse offen standen. In Folge dessen ging die deutsche Regierung im vorigen Jahre bereitwillig auf die Anregung Rußlands ein, über einen deutsch-russischen Handelsvertrag zu verhandeln. Ebenfalls auf Wunsch Rußlands wurden die deutschen Forderungen für die Gewährung der bereits an Oesterreich-Ungarn etc. zugestandenen ermäßigten Zölle (Vertragstarif) formulirt. Darauf antwortete Rußland mit ganz ungenügenden Gegenvorschlägen, die im Wesentlichen nur die geringen Ermäßigungen in dem inzwischen von Rußland an Frankreich gewährten Minimaltarif enthielten. Aber nicht nur das; der russische Finanzminister ließ an der Hand der deutschen Forderungen einen neuen Maximaltarif ausarbeiten, der die bestehenden Sätze des schon unvergleichlich hohen russischen Tarifs weiter mit Zuschlägen von 20 und 30 pSt. versah, und es wurde gedroht, diesen die deutsche Zufuhr vollends absperrenden Tarif in Kraft zu setzen, wenn sich die deutsche Regierung den russischen Wünschen nicht füge.

Die deutsche Regierung that, was sie nach diesem zum mindesten höchst unfreundlichen Verhalten thun mußte: sie nahm die Drohung nicht ruhig hin, sondern rüstete sich zu Gegenmaßregeln. Zwar wird in einer Erläuterung des russischen Regierungsboten gesagt, die Anwendung des neuen Maximaltarifs sei nöthig wegen der ungünstigen Behandlung, die russische Waaren in westlichen Staaten — nämlich Deutschland — genießen, und sie bezwecke nur, das ökonomische Gleichgewicht im internationalen Handel wieder herzustellen. Dies ist indessen ganz und gar nicht stichhaltig; denn einmal erhebt Rußland schon seit Jahren Differentialzölle zum Nachtheil der deutschen Ausfuhr, was wir uns ruhig gefallen ließen, dann aber — und das ist die Hauptsache — haben wir doch nicht, als wir unsere Zölle für Vertragsstaaten ermäßigten, gleichzeitig unseren allgemeinen Tarif gegen Rußland erhöht. Das Gleichgewicht war schon hergestellt, als Rußland anderen Staaten auf Grund von Handelsverträgen niedrigere Zölle gewährte. Statt sich damit zu begnügen, wird ein ganz neuer Maximaltarif gewissermaßen als Zwangsmittel in Kraft gesetzt.

Damit ist der wirthschaftliche Krieg erklärt, und alle angeführten deutschen Blätter sind einig darin, daß er mit Energie aufgenommen und durchgeführt werden muß, zumal da die Ausfichten in diesem Kampfe für uns durchaus günstig stehen und Rußland anscheinend nur durch die zeitweilige Erschwerung und Absperrung seiner dem Werthe nach die deutsche Ausfuhr nach Rußland ums Doppelte übersteigenden Ausfuhr nach Deutschland, namentlich seines Roggens und Weizens, von seinem Grundirrtum überzeugt werden kann, daß wir wirthschaftlich von ihm abhängig seien und besonders sein Korn nicht entbehren könnten.

Wie in jedem Zollkriege werden auch in diesem wirthschaftliche Interessen auf beiden Seiten zu leiden haben. Namentlich in unseren östlichen Provinzen und ihren Hafenstädten sind vorübergehende Nachtheile schwer zu vermeiden. Aber diese werden, wie zu erwarten ist, ohne laute Klagen hingenommen werden, in der patriotischen Erkenntniß, daß sich unsere Regierung zur Ausnahme des Zollkriegs geradezu gedrängt sieht und daß nur bei energischer Durchführung ein wirthschaftlicher Friede auf gerechter und gedeihlicher Basis zu erlangen ist.

## Aus der Denkschrift über die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen.

Unter dem 25. Juli ist dem Bundesrath der Entwurf einer Verordnung wegen Erhebung eines Zollzuschlags für Waaren russischer Herkunft nebst einer Denkschrift zugegangen, in der der Verlauf der Verhandlungen dargestellt wird. Wir berühren hier nur kurz die ersten in den Winter 1890/91 fallenden Schritte. Rußland verlangte damals Ermäßigung und Bindung der deutschen Zölle für nicht weniger als vier Fünftel der Gesamteinfuhr aus Rußland und bot dafür selbst der drei Mal geringeren deutschen Einfuhr nach Rußland keinerlei Erleichterung, sondern nur eine beschränkte Bindung des vielfach absperrenden russischen Tarifs. Im Juli 1892 sprach die russische Regierung den Wunsch aus, die deutschen Forderungen Punkt für Punkt kennen zu lernen. Die deutsche Regierung sagte alsbald unter Erklärung ihrer Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Verhandlungen die Aufstellung der gewünschten Listen zu, erklärte aber zugleich, daß sie außer der Ermäßigung des russischen Zolltarifs die Beseitigung der differenziellen Behandlung der Einfuhr über die deutsch-russische Landgrenze, gegenüber den baltischen Häfen Rußlands, für Roheisen, Baumwolle und Kohle, sowie die Gewährung voller Meistbegünstigung, auch für Finland, als Voraussetzung für den Abschluß eines Uebereinkommens, ansehen müsse.

Auf Grund sorgfältiger Berathungen des Fachressorts und nach eingehender Vernehmung von Vertrauenspersonen aus den Kreisen der Landwirthschaft, der Industrie und des Handels, wurden die deutschen Vorschläge festgestellt und der Kaiserlich russischen Regierung, welche inzwischen im November 1892 ihre Geneigtheit erklärt hatte, die Beseitigung der differenziellen Behandlung der Einfuhr über die deutsch-russische Landgrenze gegenüber den baltischen Häfen Rußlands und die Gewährung voller Meistbegünstigung zuzugestehen oder in Erwägung zu nehmen, im März 1893 übergeben.

Bei Aufstellung dieser Vorschläge ist der Grundsatz leitend gewesen, daß, wenn Deutschland durch Gewährung seines Conventionaltarifs der russischen Einfuhr Vortheile einräumt, es seinerseits berechtigt ist, ebenso wie von anderen Staaten so auch von Rußland die Herabsetzung des russischen Zolltarifs in dem Maße zu verlangen, daß wiederum eine lohnende Ausfuhr deutscher Produkte nach Rußland möglich wird. Es sollte der russischen Regierung ein Verzicht auf das System des Schutzes der nationalen Arbeit nicht zugemuthet werden, wohl aber der Gedanke zur Geltung kommen, daß Rußland nur dann darauf rechnen darf, seine Produkte bei uns abzusetzen, wenn es bereit ist, auch deutschen Erzeugnissen seinen Markt offen zu halten. Bei Auswahl der in die Liste aufzunehmenden Gegenstände wurde in Betracht gezogen, daß, wenn Rußland erst die Bahn einer Vertragspolitik beschritten haben würde, uns im Wege der Meistbegünstigung auch indirekt Begünstigungen für solche Artikel zukommen werden, an denen andere Staaten in erster Linie interessirt sind.

Die deutschen Anträge zum russischen Tarif beschränkten sich daher nach Zahl und Umfang auf das nach eingehender Prüfung als unerläßlich erkannte Mindestmaß. Im übrigen war vorausgesetzt, daß die Differentialzölle an der deutsch-russischen Grenze zu beseitigen und daß das Abkommen auf der Basis der gegenseitigen Meistbegünstigung zu treffen sein würden.

Von der Kaiserlich russischen Regierung sind diese Vorschläge in wesentlichen Punkten nicht angenommen worden. Auch in Bezug auf Provisorien stellte Rußland Forderungen, die von deutscher Seite nicht erfüllt werden konnten.

Die Kaiserlich russische Regierung hat hierauf zwar ein weiteres Entgegenkommen gegenüber den deutschen Vorschlägen in Aussicht gestellt, auch den Vorschlag kommissarischer Fortführung der Verhandlungen aufrecht erhalten, dagegen die Mittheilung gemacht, daß sie sich aus zolltechnischen Gründen veranlaßt sehe, am 1. August d. J. den Maximaltarif gegen die Rußland nicht meistbegünstigenden Länder einzuführen.

Durch die weitere Steigerung der hohen russischen Zölle, speciell gegen Deutschland, welche der russische Maximaltarif enthält, würde die fernere Ausfuhr deutscher Erzeugnisse, sowie der deutsche Zwischenhandel mit fremden Erzeugnissen nach Rußland außerordentlich erschwert und vielfach ausgeschlossen werden. Mit Rücksicht hierauf erscheint es unvermeidlich, sofort nach Einführung des russischen Maximaltarifs bis zur Wiederherstellung eines billigen Ausgleichs in den Bedingungen des gegenseitigen Handelsverkehrs auch deutscherseits die in § 6 des Zolltarifgesetzes vorgesehene Zuschlagsabgabe auf die russische Einfuhr, soweit

die letztere zollpflichtig ist, insoweit zu legen, als der russische Maximaltarif gegenüber Deutschland in Kraft bleibt.

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung vom 28. Juli der Erhebung von Zuschlägen (50 pSt.) auf die im Handelsverkehre mit Rußland hauptsächlich in Betracht kommenden Einfuhrartikel aus Rußland zugestimmt. Diese Kampfzölle werden in Kraft treten, sobald der russische Maximaltarif gegen Deutschland in Anwendung kommt.

## Preßstimmen zu dem handelspolitischen Streite mit Rußland.

Die deutsche Presse ist mit Ausnahme einiger demokratischer Organe einstimmig der Ansicht, daß der Zwiespalt durch Rußland herbeigeführt und an geduldiges Nachgeben der deutschen Regierung nicht zu denken ist. Nicht bloß die konservative und mittelparteiliche Presse, auch die Mehrzahl der freisinnigen Blätter stellt sich an die Seite der deutschen Regierung. So schließt z. B. die Hoff. Ztg. eine Betrachtung mit folgenden Sätzen: „Wir meinen, Deutschland könne ruhig abwarten, was Rußland zu thun beliebt. Es verhält sich bei den schon bestehenden Schwierigkeiten, unsere Ausfuhr nach Rußland lohnend zu machen, für uns nicht viel, wenn auf Prohibitivzölle noch einige Erhöhungen gepropft werden. Aber Rußland dürfte sich wundern, wo sein Roggen bleibt, und den Schnitt ins eigene Fleisch empfinden. Auch seine Ausfuhr von Weizen, Raps, Flachs, Hanf, Erbsen, Häute, Butter, Fleisch, Caviar, Pelzwaaren und Borsten ist nicht unbedeutend; im Ganzen umfaßt die Ausfuhr Rußlands über seine europäische Grenze in den letzten Jahren rund 190 Mill. Rubel oder ca. 400 Mill. Mark Gold. Was würde Rußland sagen, wenn wir den berühmten Kampfparagrafen bis zur vollen Höhe von 50 pSt. Zoll gegen seine Ausfuhr nach Deutschland anwenden würden? Wie jetzt die Dinge liegen, hat es den Anschein, als ob erst durch Kampf und Verluste Rußland seinen wahren Vortheil erkennen werde.“ — Der „Berliner Börs.-Cour.“ bedauert die Schädigung der deutschen Handelsinteressen, ist aber der Ueberzeugung, „daß es jetzt kein Schwanken mehr geben darf, daß die Reichsregierung mit aller Energie den Angriff zurückzuweisen hat, daß auf den russischen Maximaltarif mit der Verhängung des Zuschlagszoll von 50 pSt. auf alle russischen Produkte geantwortet werden muß.“ — Die antisemitische „Staatsbürger Ztg.“ gelangt zum Ergebnis: „Wir haben wiederholt betont, daß wir wohl das bedenkliche eines Zollkrieges zu erwägen wissen: vor einem derartigen Verhalten aber, wie Rußland uns gegenüber zur Schau trägt, zurückzuweichen, wäre eine unverzeihliche Schwäche, ja, mehr als das, eine Schädigung unseres Ansehens und unserer Interessen.“ —

Diese Einigkeit von Organen, die sonst auf ganz verschiedenen politischen Standpunkten stehen, wird um so begreiflicher, wenn man folgende Darlegung über den Verlauf der Verhandlungen liest:

„Die deutsche Regierung ist im vorigen Jahre bereitwillig auf die russische Anregung von Handelsvertragsverhandlungen eingegangen. Sie hat ferner, nachdem sich die russische Regierung in der Vorfrage wegen der Ungleichheit der russischen See- und Landzölle auf Kohlen, Eisen etc. entgegenkommend gezeigt hatte, dem russischen Wunsche auf Formulierung der deutschen Forderungen entsprochen, obgleich sie sehr wohl hätte erwidern können: Wir sagen euch, was wir zu bieten haben, nun ist die Reihe an euch, zu sagen, was ihr bietet. Die deutsche Regierung trug also im Vertrauen darauf, daß wenigstens sie ein lokales Abkommen erstrebt, kein Bedenken, das, worauf es uns hauptsächlich ankommt, nach eingehenden Berathungen mit den deutschen Interessenten Position für Position anzugeben. Aber was geschah? Daß die russische Regierung die deutschen Vorschläge mit sehr ungenügenden Gegenanschlägen beantwortete, fiel nicht so ins Gewicht — hierin hätte sich wohl manche Differenz durch kommissarische Verhandlungen ausgleichen lassen —, als daß von russischer Seite an der Hand der deutschen Forderungen ein neuer Maximaltarif mit Zuschlägen von 20 und 30 pSt. ausgearbeitet und mit dessen Anwendung gegen Deutschland, wenn es sich nicht fügte, gedroht wurde. In Petersburg glaubte man eben, eine solche Zumuthung bieten zu können, weil Deutschland doch von Rußland wirtschaftlich abhängt und besonders wegen seiner Volksernährung die russische Getreidezufuhr nicht absperrt werden.“

Daß nun Deutschland nicht bloß die moralische Ueberlegenheit in dem ausgebrochenen Kampfe besitzt, sondern in der Lage ist, die zur Zeit einflussreichsten Persönlichkeiten in Petersburg von ihren Irrthümern von der deutschen Nothdurft und der russischen Obmacht zurückzubringen, das wird sich um so eher herausstellen, je entschlossener von deutscher Seite der augenöthigte Zollkrieg durchgeführt wird. Das werden sich vor Allem auch die Kreise fest vor Augen zu halten haben, die vorerst unter den unvermeidlichen Nachtheilen gegenseitiger Absperrung leiden müssen.“

## Die Socialdemokratie auf dem Lande.

### III.

Wir haben darzulegen versucht, wie sich die Socialdemokratie mit Hilfe einer ausgedehnten und vielseitigen Organisation auch auf dem Lande einzunisten bestrebt und daß sie da, wo sie schon einigen Erfolg auf den Dörfern erreicht, dies nicht ihren wahren Zielen, sondern neben der Vorarbeit, die extreme bürgerliche Parteien für sie verrichten, dem geschickt erregten Wahn verdankt, als nähme sie wirklichen Antheil an den Lebensverhältnissen des Landes. Es ergibt sich daraus zunächst die Forderung, daß die Parteien, welche im Gegensatz zu den kommunistischen Umsturzzielen das Gute an unserer Gesellschaftsordnung weiterbilden und die Schäden in friedlicher Entwicklung verbessern wollen, ebenfalls ihre Organisation ausgestalten und eine fortdauernde enge Fühlung mit den breiteren Schichten herstellen müssen. Es genügt nicht mehr, daß der Parteiapparat nur in Wahlzeiten in Thätigkeit tritt und sonst das Feld den Ministern der Socialdemokratie überlassen bleibt. Diese Nothwendigkeit ist kürzlich auch von dem Parteiorgan der Konservativen betont worden, zunächst dem „reinen“ Antisemitismus gegenüber, der bei den letzten Wahlen ganz überraschende Erfolge, zum großen Theil in bisher konservativen Wahlkreisen erzielt hat, und wodurch? Ebenfalls durch eine von langer Hand vorbereitete Organisation, Entsendung von Agitatoren auf das Land, möglichst persönliche Einwirkung auf die mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung.

Nun können die staatsverhaltenden Parteien natürlich nicht dieselben Reiz- und Blendmittel anwenden, wie die Socialdemokraten, sie können nicht wie diese darauf ausgehen, da und dort vorhandene Keime von Unzufriedenheit zu entwickeln und Unzufriedenheit zu säen. Aber bei dem Antheil, den immer mehr auch das platte Land an dem politischen Leben nimmt, können und müssen sie dafür sorgen, daß sich nicht der Eindruck festsetze, als liege nur den radikalen Parteien das Wohl und Wehe des Mittelstandes und der Arbeiter am Herzen, als seien diese wahre Volksparteien. Es leuchtet ferner ein, daß hier nicht nur den staatsverhaltenden Parteien, sondern auch allen Organen, die die Autorität des Staates und der Kommunen zu vertreten haben, eine wichtige Aufgabe zufällt. In einem Orte, wo der Landrath, der Bürgermeister, der Richter, der Pastor, der Lehrer etc. ihre vorgezeichneten Amtspflichten nicht nur angemessen und unparteiisch versehen, sondern darüber hinaus durch Beispiel und Rath als Vertrauensleute in gutem socialen Geiste wirken, werden die Einflüsterungen socialdemokratischer Sendlinge in der Regel machtlos bleiben. Sie haben es vielfach in den Händen, gehässige Ausstreunungen im Keim zu ersticken.

Es wäre schließlich ganz verkehrt, wollte man im Allgemeinen die Erfolge der Socialdemokratie nur auf gewissenlose Agitation und künstliche Aufstachelung zur Unzufriedenheit zurückführen. In der ökonomischen Entwicklung unseres Jahrhunderts mit seiner riesigen Ausbildung der Technik, der hochgestiegenen Kapitalmacht, den Verschiebungen in den Bevölkerungsklassen und Berufsständen, liegen mancherlei Umstände der Unsicherheit und des Mißbehagens, die den kommunistischen Ideen Vorschub leisten und mancherlei Neuordnungen im Staate erfordern. Aber diese können am besten im Wege des allgemeinen Umsturzes, der Entziehung alles Privateigenthums und damit der Freude am Besitz, der freien Berufswahl, des Sporns zur Tüchtigkeit und zur Entfaltung aller Kräfte hergestellt werden. Auf dem Lande, unter den Bauern, wo man den Besitz zu schätzen weiß, werden kommunistische Ideen am schwersten eingehen, und socialdemokratische Erfolge auf dem Lande sind in der That mehr als anderswo die reine Frucht von Aufhezkungen, gerade darum auch schon durch größere Rührigkeit der alten Parteien und verständige, fürsorgende und aufklärende Thätigkeit der berufenen Autoritäten wirksam aufzuhalten und zurückzudrängen.

## Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Die Minister des Innern und für Handel und Gewerbe haben kürzlich entschieden, daß das Ausspielen geringfügiger beweglicher Gegenstände beim Hausirhandel als eine Modalität des Waarenverkaufs anzusehen ist und daher den Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe unterliegt.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Beförderung plötzlich bei der Arbeit oder dem Gewerbebetrieb verwundeter oder erkrankter Arbeiter, soweit sie auf ärztliche Anordnung zum Zwecke der Ueberführung in ein Krankenhaus erfolgt und der Raum es zuläßt, im Gepäckwagen der Personen- oder Güterzüge stattfindet. Von dem Transportirten und dessen Begleitern ist der Fahrpreis III. Klasse zu erheben, die Beförderung der Krankenkörbe frachtfrei zu bewirken.

## Politische Tagesfragen.

### Deutsch-russischer Waarenverkehr.

Nach der Statistik des Deutschen Reichs betrug im Jahre 1891 der Waarenaustausch des deutschen Zollgebietes mit Rußland im Specialhandel:

in der Einfuhr aus Rußland 578 701 000 Mark,  
in der Ausfuhr nach Rußland 145 336 000 Mark.

Von der russischen Einfuhr nach Deutschland waren Werthe von etwa 400 Millionen Mark zollpflichtig, darunter wichtigere Artikel: Getreide und Hülsenfrüchte für rund 275 Millionen Mark, Holz und Holzwaaren für 60 Millionen, Butter, Fleisch, Saviar für 8 Millionen, Petroleum für 4,3 Millionen, Eier für 20,8 Millionen, Pferde für 15,8 Millionen, Kautschukwaaren zc.

Die vorstehenden Zahlen beleuchten das Interesse der russischen Volkswirtschaft an der Offenhaltung des deutschen Marktes. Andererseits haben die Erfahrungen, welche bei den russischen Getreideausfuhrverboten im Jahre 1891/92 gemacht worden sind, gelehrt, daß Deutschland in der Deckung seines Einfuhrbedarfs an Brotfrüchten nicht auf die russische Production angewiesen ist, daß vielmehr selbst in einem ausnahmsweise ungünstigen Erntejahre der Zufuhrbedarf auf dem Weltmarkt gedeckt werden konnte, obwohl das russische Korn demselben ferngeblieben war.

### Von der Alters- und Invaliditätsversicherung.

Nach den im Reichs-Versicherungsamt angefertigten Zusammenstellungen, welche auf den von den Vorständen der Versicherungsanstalten und der zugelassenen besonderen Kasseneinrichtungen gemachten Angaben beruhen, waren, wie der Reichsanzeiger mittheilt, am 1. Juli 1893 31 Versicherungsanstalten und 9 Kasseneinrichtungen vorhanden. Von diesen wurden 193 114 Rentenansprüche anerkannt und 42 984 zurückgewiesen. 3810 blieben unerledigt, während die übrigen 5105 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den erhobenen Ansprüchen entfallen auf Schlesien 28 331, Ostpreußen 22 414, Brandenburg 18 814, Rheinprovinz 16 178, Hannover 14 208, Sachsen-Anhalt 13 984, Posen 12 777, Schleswig-Holstein 9 356, Westpreußen 9 266, Westfalen 9 255, Pommern 8 251, Hessen-Nassau 5 352, Berlin 2 703.

Die Zahl der während desselben Zeitraums erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Invalidenrente betrug bei den 31 Versicherungsanstalten und den 9 Kasseneinrichtungen insgesamt 59 247. Von diesen wurden 34 746 Rentenansprüche anerkannt und 15 938 zurückgewiesen, 5 722 blieben unerledigt, während die übrigen 2 841 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den geltend gemachten Invalidenrenten-Ansprüchen entfallen auf Schlesien 8 284, Rheinprovinz 4 660, Ostpreußen 4 468, Brandenburg 3 107, Hannover 3 072, Sachsen-Anhalt 2 672, Westpreußen 2 483, Westfalen 2 121, Posen 2 096, Pommern 2 065, Hessen-Nassau 1 272, Schleswig-Holstein 891, Berlin 863.

Unter den Personen, die in den Genuß der Invalidenrente traten, befinden sich 1 025, welche bereits vorher eine Altersrente bezogen.

### Betriebsergebnisse deutscher Eisenbahnen.

Die im Reichseisenbahnamt aufgestellte Uebersicht der Betriebsergebnisse deutscher Eisenbahnen ergibt für die 70 Bahnen, welche auch schon im entsprechenden Monat des Vorjahres im Betrieb waren und zur Vergleichung gezogen werden konnten, Folgendes: In der Zeit vom Beginn des Etatsjahres bis Ende Juni d. Js. betrug die Einnahme: A. Bei denjenigen Bahnen, deren Rechnungsjahr die Zeit vom 1. April bis 31. März umfaßt, a) aus dem Personenverkehr: im Ganzen 75 844 633 Mark oder 2 257 086 Mark mehr als in demselben Zeitraum des Vorjahres, auf 1 Kilometer Betriebslänge 2 539 Mark oder 1,76 pCt. mehr als in demselben Zeitraum des Vorjahres; b) aus dem Güterverkehr: im Ganzen 168 234 648 Mark oder 7 232 624 Mark mehr als in demselben Zeitraum des Vorjahres, auf 1 Kilometer Betriebslänge 5 531 Mark oder 3,11 pCt. mehr als in demselben Zeitraum des Vorjahres. B. Bei denjenigen Bahnen, deren Rechnungsjahr mit dem Kalenderjahre zusammenfällt, a) aus dem Personenverkehr: im Ganzen 29 588 105 Mark oder 817 604 Mark mehr als in demselben Zeitraum des Vorjahres, auf 1 Kilometer Betriebslänge 4 228 Mark oder 1,42 pCt. mehr als in demselben Zeitraum des Vorjahres; b) aus dem Güterverkehr: im Ganzen 57 631 734 Mark oder

2 725 113 Mark mehr als in demselben Zeitraum des Vorjahres, auf 1 Kilometer Betriebslänge 8 144 Mark oder 3,44 pCt. mehr als in demselben Zeitraum des Vorjahres.

### Vertragsmäßige Concurrenzverbote.

Die „Juristischen Blätter“ veröffentlichen eine Entscheidung des Reichsgerichts, wonach die Inhaber einer Schirmfabrik, die gegen einen früheren Profuristen klagten, in der Revisionsinstanz definitiv abgewiesen wurden. Wir entnehmen der Begründung des Urtheils folgende Sätze:

Die im Handel, Gewerbe und Industrie häufig vorkommenden vertragsmäßigen Concurrenzverbote, durch welche der Geschäftsinhaber sich dadurch zu schützen sucht, daß seine Angestellten nach Lösung des Dienstverhältnisses die in demselben erworbenen Geschäftskenntnisse und persönlichen Beziehungen zu seinem Kundenkreise in gesetzwidriger Weise zu seinem Nachtheil zu verwerthen, sind an bestimmt begrenzte und daher im Einzelfall alsbald erkennbare Schranken nicht gebunden. Der Grundsatz, daß die persönliche Freiheit und Erwerbsfähigkeit des Einzelnen nicht übermäßig beschränkt und nur ein begründetes Interesse geschützt werden darf, enthält nur das dehnbare Princip, nach welchem im Einzelfalle zu beurtheilen ist, ob die Vereinbarungen der Parteien sich nach der konkreten Sachlage innerhalb gesetzlicher Grenzen gehalten haben. Eine absolute Schranke ergibt sich jedoch daraus, daß durch solche Verträge die Erwerbsfreiheit des Einzelnen nur beschränkt, nicht für immer im Ganzen oder in einzelnen Richtungen vernichtet werden darf, denn es folgt hieraus die Unzulässigkeit vertragsmäßiger Concurrenzverbote ohne jede Beschränkung und Begrenzung nach Zeit und Ort.

### Kriminalität im Jahre 1891.

Nach der Kriminalstatistik des deutschen Reichs für das Jahr 1891 ergibt sich gegen die Zahl im Vorjahre ein Mehr von im Ganzen 361 Strafhandlungen. Die Zahl der an diesen Strafhandlungen beteiligten Personen hat um beinahe 10 000 zugenommen. Das Jahr 1890 hatte 381 450, das Jahr 1891 391 064 Verurtheilte. Die Zahl der verurtheilten Jugendlichen ist um 1 310 höher als im Vorjahr; das Jahr 1890 hatte 41 002, das Jahr 1891 42 312 jugendliche Verurtheilte. Der Gesamtzuwachs an Verurtheilten kommt zu neun Zehnteln auf Rechnung der Delicte gegen das Vermögen, besonders auf Diebstahl und Betrug, zu einem Zehntel auf Rechnung der Delicte gegen die Person, besonders Körperverletzung. Auch die Zahl der Vorbestraften unter den Verurtheilten hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8 000 vermehrt. Unter den einzelnen Gebietstheilen steht diesmal Bremen mit 214 Verurtheilten auf je 10 000 strafmündige Einwohner an der Spitze der Kriminalität, nirgends im Deutschen Reiche, auch in Berlin nicht, ist die Sicherheit des Eigenthums so gefährdet als im Bremer Gebiet. Auch in Unzuchtssdelikten nimmt Bremen neben Baden die höchste Relativstellung im Reiche ein. Dann folgt Westpreußen, die bayerische Rheinpfalz, Posen, Hamburg, Ostpreußen, Schaumburg-Nudolstadt, Schlesien, Berlin zc. Den niedrigsten Stand behaupten Schaumburg-Lippe und Waldeck, wo auf 10 000 Strafmündige nur 40 bis 44 Verurtheilte kommen.

### Veteranen aus den Befreiungskriegen von 1815.

Nach einer Zusammenstellung des Vorstandes des Bezirks 9 des Deutschen Kriegerbundes beträgt die Zahl der Veteranen aus den Kriegen 1813/15 noch 43, deren Geburtsjahre in die Zeit von 1786 bis 1797 fallen. Die ältesten Veteranen sind Uhrmacher Göhring in Ottenen (Holstein), 1786 geboren, und Wjgold in Belbert (Rheinland), 1789 geboren. Aus Schlesien sind verzeichnet: Lehrer Gutschmann in Seitendorf, 1797 geboren (inzwischen verstorben), Kugler in Wolmsdorf, 1794 geboren, Schneider Joseph Hofe in Schreckendorf, 1796 geboren, Wilhelm Schütz in Warmbrunn, Friedrich Werner zu Rainzen, 1794 geboren, Andreas Wjczik in Tarnowitz, 1790 geboren. Die meisten Veteranen weisen noch auf Nummern 10, Hannover 8, Schlesien 6 und Rheinland 4. In Berlin wohnt noch ein Zeuge der Befreiungskriege, der 1795 geborene Christian Müller. Nur zwei Offiziere aus den Befreiungskriegen leben noch, Generalleutnant a. D. Müller-Hannover und Oberst a. D. von Holtendorf in Sachsen.

## Politische Wochenschau.

### Aus dem Inlande.

#### Die Kreuzerfahrt

#### unseres Kaiserpaars

in der Ostsee ist allenthalben glücklich von Statten gegangen. Auf der Rückfahrt von der schwedischen Küste wurde Rügen angelaufen. Am Mittwoch verabschiedete sich Ihre Majestät in Kiel von dem Kaiser und begab sich nach Wilhelmshöhe bei Kassel zu den kaiserlichen Kindern. In Kiel nahm der Kaiser u. A. den Vortrag des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall entgegen, wobei vermuthlich das handelspolitische Verhältniß

zu Rußland zur Sprache gekommen ist. Am Donnerstag begab sich der Kaiser zu Schiffe nach der Nordsee. Der

### Besuch in England

trägt einen ganz privaten Charakter, weshalb auch Einladungen an politische Persönlichkeiten nicht ergangen sind.

Nach den letzten Nachrichten erscheint es zweifellos, daß der

### Zollkrieg mit Rußland

am 1. August ausbrechen wird. Die deutsche Presse ist ziemlich einstimmig darin, daß, so unerwünscht auch das Scheitern der Verhandlungen sei, doch die Schuld dafür die russische Regierung treffe. Ausgehend von dem Irrthume, daß sich Deutschland wegen seiner Volksernährung den russischen Wünschen fügen müsse, hat Rußland, während die Verhandlungen noch schwebten, mit der Anwendung von Kampfmaßregeln in Gestalt eines neuen Maximaltarifs gedroht und damit Deutschland den Zollkrieg aufgenöthigt. Der

### Bundesrath

ist am Freitag zu einer Plenarsitzung zusammengetreten, um über die Anwendung des § 6 des Zolltarifgesetzes, der die Befugniß zu Zuschlägen auf den deutschen Generaltarif als Repressalien enthält, Beschluß zu fassen. Hiernach werden, sobald der russische Maximaltarif gegen Deutschland in Kraft gesetzt wird, die Waaren russischer Herkunft, besonders das Getreide, von deutscher Seite mit höheren Zöllen belegt werden. Nachdem uns der Zollkrieg aufgedrängt ist, ist es nothwendig, ihn mit Energie zu führen, damit sich möglichst bald die empfindlichsten Nachteile für den Gegner herausstellen und ihn zur Umkehr nöthigen. Es wird gut sein, wenn in den Kreisen und Landestheilen, die zunächst unter der Absperrung zu leiden haben, genau erkannt und danach gehandelt wird, daß im allgemeinen Interesse solche Opfer gebracht werden müssen und daß sie um so rascher vorübergehen, je energischer die Haltung unserer Regierung unterstützt wird.

Von den

### Nachwahlen zum Reichstage

war zu melden, daß in Neustettin der Antisemit Förster über Stöcker, in Ninteln der Antisemit König über einen konservativen Gegner, in Bingen-Alzey der Freisinnige H. Schmidt gestiegt, in Hersfeld die Stichwahlentscheidung zwischen einem Antisemiten und einem Nationalliberalen und in Hamburg die Hauptwahl — für den 17. August — noch aussteht. Verschiebungen im Besitzstande der Parteien haben die Nachwahlen bisher nicht gebracht. Die Nachwahl für den Centrumsmann Setocha, der sein Mandat niedergelegt hat, scheint noch nicht ausgeschrieben zu sein.

## Aus dem Auslande.

In

### englischen

Unterhaufe wird die Berathung über die Homerulevorlage fortgesetzt. Zu erregteren Debatten kam es wegen des Finanzparagraphen der Bill, nach dem Irland während der nächsten 6 Jahre ein Drittel seiner Einkünfte zu den Reichslasten beitragen, auch zu etwaigen Kriegsteuern herangezogen werden soll. Nach zweitägiger Debatte wurde auch dieser Paragraph mit 226 gegen 191 Stimmen angenommen. Man nimmt an, daß die Parlamentssession nicht über Mitte September ausgedehnt werden wird. — Für Ende dieser Woche wurde ein großer Ausstand der Kohlenarbeiter angekündigt, der darin seinen Grund hat, daß die Unternehmer eine Lohnherabsetzung von 25 pCt. vorgenommen haben.

Die

### französische

Kammer bewilligte für die durch die Dürre geschädigten Landwirthe einen Kredit von 5 Millionen Francs. Die Verhandlungen über das Budget zogen sich sehr in die Länge. Da der Senat mehrere Aenderungen am Budget vorgenommen hatte, mußte es wieder an die Kammer zurückgehen. Hier wurde es an eine Kommission verwiesen, die schließlich einen Weg zur Einigung fand. Nach einer Reihe von Sitzungen — am Sonnabend allein fanden fünf statt — wurde das Budget mit großer Majorität genehmigt und darauf die Parlamentssession geschlossen. Vorher wurde noch der Bericht der Panamakommission, der drei Bände umfaßt, vertheilt. — Der Präsident Carnot ist fortwährend unwohl, er leidet an schwerer Verdauungsstörung, die Aerzte fürchten eine Darmverletzung.

In

### Belgien

nahm die Kammer mit 106 gegen 26 Stimmen einen Antrag an, wonach der Senat zur Hälfte aus vom Volke gewählten Abgeordneten und zur Hälfte aus vom Provinzialrath zu ernennenden Senatoren bestehen soll.

In

### Norwegen

hat das Storting mit 62 gegen 52 Stimmen beschlossen, die Apanage des Königs von 336 000 auf 256 000 Kronen herabzusetzen. Ebenso

wurde die Apanage des Kronprinzen mit 61 gegen 53 Stimmen um 50 000 Kronen verringert. Auch die bisher den Staatsministern in Christiania und Stockholm bewilligten Tafelgelder im Betrage von 25 000 Kronen wurden gestrichen. Sodann wurde das Budget angenommen und die Session geschlossen.

Der

### serbische

Anklageprozeß gegen das frühere Ministerium wird nun auch auf andere Beamte ausgedehnt, so wird jetzt schon gegen 14 höhere Verwaltungsbeamte die Untersuchung geführt. Die Skuptschina hat beschlossen, daß der Untersuchungsausschuß seinen Bericht bis zum 2. August vorzulegen habe. Im übrigen nahm die Skuptschina die Vorlage über die Konsumsteuer an, erledigte das Budget des Tabak- und Salzmonopols und nahm das provisorische Handelsübereinkommen mit Frankreich und England in zweiter Lesung an. Darauf vertagte sie sich bis zum 2. August.

Die Verhandlungen gegen den

### Bulgarischen

Metropolitanen Clement wegen einer aufreizenden Rede in der Kirche gegen den Fürsten Ferdinand begannen am 17. Juli in Tirnowa. Der Prozeß, der von der Bevölkerung mit lebhaftem Interesse verfolgt wurde, endete damit, daß Clement der Aufwiegelung des Volkes gegen den Fürsten und die Regierung schuldig befunden und zu lebenslänglicher Verbannung verurtheilt wurde.

In

### Brasilien

ist die Aufstandsbewegung durch die Gefangennahme des Admirals van den Kolk anscheinend doch nicht beendet worden. Es werden neue Unruhen aus Santa Catharina gemeldet. Hier sollen sich auch die Regierungstruppen am Aufstande betheiligt haben.

Der

### französisch-siamesische

Conflikt gestaltet sich immer ernsthafter. Das von Frankreich gestellte Ultimatum mit 48 Stunden Bedenkzeit fordert 1. Anerkennung der Rechte Anams und Kambojas am linken Mekongufer, 2. Räumung der dort besetzten Posten innerhalb eines Monats, 3. Genugthuung für verschiedene Angriffe auf französische Schiffe und Matrosen im Monamflusse, 4. Bestrafung der Schuldigen und Geldentschädigung, 5. Zahlung von 2 Millionen Francs für den französischen Unterthanen zugefügten Schaden und 6. sofortige Deposition von 3 Millionen Francs zur Sicherstellung der vorhergehenden Forderungen oder die Ueberweisung der Steuererträge gewisser Distrikte. Auf dieses Ultimatum hin suchte der siamesische Gesandte in Paris um Fristverlängerung nach, doch wurde diese nicht gewährt. Sodann lief die siamesische Antwort ein: Zu Punkt 1 werden die Rechte Anams und Kambojas bis zum 18. Breitengrade anerkannt, zu 2 wird zugesichert, die Posten innerhalb dieses Gebietes innerhalb eines Monats zu räumen, zu 3: die verlangte Genugthuung soll gegeben werden, soweit sie als rechtmäßig erwiefen und die Unabhängigkeit Siams nicht berührt wird, zu 4: die Schuldigen sollen bestraft und, wo nöthig, sollen Geldentschädigungen gewährt werden, zu 5: die geforderten 2 Millionen Francs sollen gezahlt werden, doch schlägt die siamesische Regierung die Einsetzung einer gemischten Kommission zur Abschätzung des Schadens vor. Zu 6 wird die geforderte Hinterlegung von 3 Millionen Francs bewilligt, doch wird erwartet, daß das, was nach Zahlung der Entschädigungen übrig bleibe, zurückgezahlt werde.

Diese siamesische Antwort ist von Frankreich nicht angenommen worden, und zwar, da die Antwort sonst ja alle Forderungen bewilligt, wegen des Punktes 1, in dem Siam die Rechte Anams und Kambojas nur bis zum 18. Breitengrade anerkennt. Da Frankreich dies nicht genügt, so darf man in die Aufrichtigkeit der französischen Versicherung, Frankreich wolle die Integrität Siams nicht antasten, wohl einige Zweifel setzen. Inzwischen hat nun die französische Regierung den Mächten ihre Absicht notifizirt, die siamesische Küste in Blockadezustand zu versetzen. Der französische Gesandte in Bangkok hat sich seine Pässe erbeten und hat an Bord des Kriegsschiffes „Forfait“ Bangkok verlassen. Sind damit nun freilich auch die diplomatischen Beziehungen vorläufig abgebrochen, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß der Streitfall schließlich doch noch gütlich beigelegt wird, an Vermittelungsversuchen wird es nicht fehlen. Alles kommt auf die Haltung Englands und Chinas an. Vorläufig scheint es nicht, als ob England sehr energisch aufzutreten beabsichtigte. Die Blockade scheint übrigens bisher noch nicht wirklich verhängt zu sein, wenigstens sind die Mächte noch nicht offiziell benachrichtigt. Inzwischen wird aus Bangkok gemeldet, daß der Kommandant der französischen Flotte bereits die Blockade der ganzen siamesischen Küste erklärt hat. Den neutralen Schiffen ist eine Frist von 3 Tagen gegeben worden, das blockirte Gebiet zu verlassen.